Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 1

Artikel: Die Hintergründe der Marinekonferenz in Genf
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329640

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

so brauchte sich heute die Gemeinde nicht mit einer so furchtbar drückenden Schuldenlast zu schleppen. Damals wäre jede Einschätzung angenommen, jeder Steuerbetrag bezahlt worden. Es ist gar kein Zweifel, daß es einer weniger nebensächlichen Behandlung des Steuerwesens gelungen wäre, die Verwaltungsdefizite, wenn vielleicht nicht ganz, so doch zu einem erheblichen Teil zu vermeiden.

Die finanzielle Erstarkung der Gemeinde und die sich mehrenden Anzeichen wiederkehrenden Vertrauens in ihre Kreditfähigkeit ließen uns daran denken, die jederzeit fälligen schwebenden Schulden in feste Anleihen umzuwandeln. Den Banken jedoch, die seinerzeit die Kreditsperre über die Stadt verhängt hatten, schien es auf einmal gar nicht sonderlich zu eilen mit der Ablösung ihrer hochverzinslichen Kontokorrent- und Wechselguthaben. Sie machten Schwierigkeiten, und erst als wir, des Hinhaltens müde, unsere Zuflucht zu Versicherungsgesellschaften nahmen und dort für die Hälfte unseres Konsolidierungsbedarfes von 6 Millionen Franken zu erträglichen Bedingungen unterkamen, drehte auch bei den Banken der Wind, indem sie den Rest fest übernahmen. — Daß wir infolge der Geldwertschwankungen verurteilt sind, unsere Schulden in kaufkräftigerem Gelde, als wir erhielten, zurückzuzahlen, ist ein Schicksal, das wir mit andern öffentlichen und privaten Schuldnern teilen!

*

In den regelmäßigen Einnahmenüberschüssen der Gemeinderechnungen lag und liegt fortwährend eine große Verlockung, vorzeitig Steuer- und andere Erleichterungen eintreten zu lassen. Daß unsere Partei ungeachtet der auf die Arbeiterschaft mehr als auf andere Volkskreise drückenden wirtschaftlichen Notlage dieser Versuchung widerstanden hat, zeugt von wahrhafter politischer Reife. Die Wahl: Fortsetzung der Politik der finanziellen Kräftigung der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Zukunftsaufgaben oder sofortige Steuerentlastung und Verbilligung von Gas, Wasser und Licht — mußte vielen von uns äußerst schwer werden. Und diese Entsagung, dieser Verzicht auf Augenblicksvorteile wird auch während den nächsten Jahren geübt werden müssen, wenn die Straßen und Plätze und mit ihnen das ganze Aussehen der Stadt weiterhin verbessert und gepflegt, wenn Schulhäuser und Turnhallen gebaut, Bäder errichtet, Sport- und Spielplätze angelegt, wenn das Volksbildungswesen auf eine höhere Stufe gehoben, wenn die Werke der sozialen Fürsorge vermehrt und entwickelt, wenn das Gemeinwohl herrschen und die Folgen der vorhandenen wirtschaftlichen Ungleichheit gemildert, wenn, mit einem Wort, die Stadt Biel zu dem ausgestaltet und emporgeführt werden soll, was den wahren Begriff des „Gemeinwesens" ausmacht.

Die Hintergründe der Marinekonferenz in Genf.

Von Ernst Reinhard.

Am 4. August ist in Genf die vom Präsidenten Coolidge einberufene Konferenz auseinandergegangen, welche die Frage der Marineabrüstung

prüfen und den Regierungen geeignete Vorschläge machen sollte. Sie scheiterte, nachdem sie während sechs Wochen über das Problem ununterbrochen verhandelt hatte. Die englischen und die amerikanischen Forderungen erwiesen sich als unvereinbar.

Wohl zu unterscheiden ist die wahre Absicht und der geheime Hintergrund. Daß Coolidge es mit der Konferenz ernst nahm, ist ohne weiteres anzunehmen. Er hoffte, für die nächsten Präsidentschaftswahlen seiner Partei einen ebenso guten Boden schaffen zu können, wie das Harding mit der Konferenz von Washington gelungen war. Aber er, den seine gerisseneren Landsleute nur als Mann durchschnittlicher Intelligenz einschätzen, übersah vollständig, wie sehr sich die Lage geändert hatte, und daß es zweierlei Ding ist, eine Konferenz einzuberufen zur Abrüstung der großen, teuren und fast nutzlosen Schlachtschiffe, mit der Nebenabsicht, den unbequem gewordenen Konkurrenten Japan durch eine Einheitsfront aller andern Teilnehmer hinunterzudrücken, und an einer andern zur Einschränkung der Kreuzer zu kommen, deren Bedeutung gewaltig gestiegen ist, seitdem man sich bewußt ist, daß der nächste Krieg auf eine Distanz von 8000 bis 10,000 Kilometer geführt werden muß. Wichtige Gruppen der Vereinigten Staaten sahen die Konferenz nur deshalb gerne, weil sie hofften, durch ihr Scheitern den Beweis geliefert zu bekommen, wie töricht all dies Gerede von Abrüstung sei, so daß sie endlich freie Bahn für die neuen Rüstungen erhalten konnten, die ihren Unternehmen steigernden Gewinn bringen mußten. Daß die ganze Stahlindustrie der Union gegen die Konferenz war, ist immer klar gewesen.

Während die Konferenz in der Union wenigstens einen Freund besaß, der ihr aus Gründen der innern Politik zum mindesten einen Scheinerfolg wünschen mußte, besaß sie in den Regierungskreisen Englands nicht einmal den. Von vornherein legte man die Konferenz so an, daß sie scheitern mußte. Die berufenen Unterhändler an Konferenzen, die Minister und die Diplomaten hielten sich sorgfältig fern und überließen den Admiralen vollständig die Arbeit. Sie wurden erst nach London zurückberufen, als es galt, von den Diplomaten die Ratschläge entgegenzunehmen, wie man bei einem Abbruch der Konferenz das Gesicht wahren könne. In England gingen Schwerindustrie und Finanz von allem Anfang an einig in der Vorbereitung des unehrlichen Spiels.

Für das Scheitern ist in erster Linie die Rüstungsindustrie beider Staaten verantwortlich zu machen. Aber weder Armstrong, noch der Stahltrust oder die Bethlehem-Gesellschaft hätten allein die Macht gehabt, den Plan zu sabotieren, wenn mit ihnen nicht die ganze übrige Industrie und die Finanz verbunden gewesen wären. Der Mißerfolg Coolidges ist nur der Ausdruck eines erbitterten englisch-amerikanischen Wirtschaftskrieges, der sich in der letzten Zeit mit steigernden Kräften beiderseits entwickelt hat. Er zeichnet sich auf dem Hintergrund dieser Konferenz deutlich ab.

Vor dem Weltkrieg waren die Banken der Londoner City, die sich in den „Big Five" verkörpern, die Geldgeber der Welt. Das amerikanische Anleihekapital spielte im Ausland eine sehr geringe Rolle. Die Auslandguthaben der Banken verwandelten durch ihren Zinsertrag die sehr passive Handelsbilanz Englands in eine stark aktive Zahlungsbilanz.

Man schätzte vor dem Kriege die jährlichen Erträgnisse der englischen Auslandskapitalien auf etwa 10 Milliarden Franken, und etwa halb so hoch waren die jährlichen Neuanlagen im Auslande, so daß also England aus den Zinsen seines Stammkapitals die neuen Kapitalsemissionen für das Ausland bestritt. Seit dem Kriege aber ist die Passivität der englischen Handelsbilanz auf fast 10 Milliarden Franken gewachsen, so daß zum Ausgleich nicht nur die Schiffsfrachten der gewaltigen Flotte, sondern die Zinsen der Auslandskapitalien restlos herangezogen werden müssen, wobei es sich erst noch herausstellt, daß der aktive Ueberschuß der Zahlungsbilanz noch etwas über eine halbe Milliarde beträgt, nicht mehr als der zehnte Teil dessen, was er vor dem Kriege betragen hatte. Der ausländische Geldmarkt war im Kriege und in der ersten Nachkriegszeit fast vollständig an die New Yorker Banken aus der Wallstreet verloren gegangen. Wie systematisch die amerikanischen Auslandanlagen erfolgten und wie sie bewußt von der amerikanischen Politik nicht nur gefördert, sondern natürlich auch mit allen Mitteln des Staates geschützt wurden, das zeigt anschaulich das Buch von Freemann-Nearing „Dollardiplomatie", das der durch seine vorzüglichen wirtschaftspolitischen Werke bekannte Verlag Vowinckel eben in guter deutscher Uebersetzung herausgibt; das Buch ist eines der aufschlußreichsten über die weltpolitischen Vorgänge der letzten Jahre. Die Wallstreet gewährte natürlich nicht nur den Staaten Geld, sondern suchte ebenso energisch in die Privatindustrie der einzelnen Länder zu gelangen. Die Kriegsverschuldung der Welt an die Union bildete allein schon eine starke Fessel. Zu den rund 32 Milliarden Mark, 40 Milliarden Franken, welche die Welt der Union aus dem Kriege schuldet, kamen nun die rund 40 Milliarden, die seither im Ausland angelegt worden sind. England ging nicht nur Europa, sondern andere wichtige Finanzmarktgebiete verloren, so fast vollständig Lateinamerika, das seine Geldbedürfnisse vor dem Kriege sozusagen ganz aus dem Londoner Markte gedeckt hatte, und sogar ein Teil seiner eigenen Dominions. Australien nahm eine wichtige 100 Millionen-Dollaranleihe nicht in London, sondern in New York auf; Kanada geriet beinahe vollständig an die Wallstreet. Von den 2416 Millionen Dollar, die vor dem Kriege in Kanada investiert waren, stammten 1860 Millionen aus England und nur 417 Millionen aus der Union. Heute beträgt die Gesamtverschuldung Kanadas 5310 Millionen Dollar; davon sind 3016 amerikanischer Besitz, während nur 2111 Millionen englisches Eigentum sind. In der Zink-, Blei-, Kupfer- und Nickelindustrie des Landes ist die Union absolut führend geworden. In vielen Zweigen der Industrie ist der amerikanische Besitz dem englischen nun weit überlegen. Es handelt sich bei alledem, wie Stuart Chase in der „New York Times" vom 27. Juni 1926 bemerkt, „um die bewußte, systematische Ausweitung des amerikanischen Herrschaftsgebietes durch Einflußgewinnung in fast allen Ländern der Erde. Amerika hat sich gewissermaßen im Laufe weniger Jahre ein großes, wirtschaftliches Weltreich außerhalb seiner politischen Grenzen aufgebaut". Aber wenn dieses Weltreich auch außerhalb der politischen Grenzen besteht, so verlangt es doch genau so, wie dasjenige innerhalb seiner Grenzpfähle, den Schutz durch den Staat und seine Machtmittel.

Gegen diese amerikanische Uebermacht auf dem Anleihensmarkte hat die Londoner City energisch und zielbewußt zum Gegenstoß ausgeholt. Sie nützt ihre günstigere Lage, die ihr durch ihre Europanähe gegeben ist, aus. Der erste Erfolg ihrer Anstrengungen ist da. In der Londoner City wird das Emissionsgeschäft wieder sehr energisch betrieben. Man vermittelt Anleihen überallhin, erobert sich teilweise Europa zurück und fesselt auch die Dominions wirtschaftlich straffer. Australien meldet sich wieder; Berlin nimmt eine Anleihe auf. Allein in der ersten Juliwoche dieses Jahres wurden einschließlich der Berliner und der australischen Anleihe in London 11,1 Millionen Pfund Sterling neuen Kapitals aufgelegt. Hiervon waren 10,8 Millionen für das Ausland bestimmt.

Der Gegenstoß wird aber nicht nur auf dem festen Anleihensmarkte und bei den langjährigen Krediten angesetzt, sondern ebensosehr beim kurzfristigen Kreditgeschäft. Die Kommission für Akzepte betrug auf dem Londoner Markte bis dahin 1 Prozent, in der Union 1 bis 1½ Prozent. Plötzlich setzen die englischen Banken den Satz auf ½ Prozent herunter und vermitteln diese werbenden Kredite zu diesem Ansatz sehr freigebig überallhin. Diese Erscheinung wurde von der New Yorker „Evening Post" unter der Ueberschrift „Londoner Bankiers beginnen den Krieg gegen New York" dargestellt; so stark empfand man in der Wallstreet die Tatsache, daß der Entscheidungskampf zwischen Pfund und Dollar begonnen hat.

Der Kampf hat sich aber ebenso intensiv auf dem reinen Handelsgebiet entwickelt. Kein Land ist so sehr auf die Beibehaltung seines Handels angewiesen wie gerade das britische Weltreich. Jede Veränderung der Außenhandelssituation muß England treffen, berührt seine Wirtschaft an den empfindlichsten Stellen. Nun ist der prozentuelle Anteil des englischen Handels seit Kriegsausbruch ungefähr gleich geblieben; er stieg von 17,3 Prozent auf 17,4 Prozent. Neben ihm haben sich aber der amerikanische und der japanische Handel sehr stark entwickelt. Die amerikanische Handelssumme stieg vom Jahre 1913 mit 17,9 Milliarden Mark auf 38,3 Milliarden im Jahre 1925 oder von 10,9 Prozent auf 14,6 Prozent; sie weist damit die größte absolute und relative Steigerung aller Länder überhaupt auf. Japans Handel vermehrte sich von 2,8 Milliarden Mark auf 8,3 oder von 1,7 Prozent auf 3,2 Prozent. Die Steigerung des japanischen und des amerikanischen Anteils erfolgte also zunächst nicht auf Kosten des englischen, sondern vor allem auf Kosten des deutschen Handelsanteils, der von 12,6 Prozent auf 8,1 Prozent sank, und des russischen, der von 3,8 Prozent auf 0,9 Prozent herunterstieg. Aber es darf nicht übersehen werden, daß der englische Handel wichtige Gebiete seiner ursprünglichen Handelshäuser trotzdem verloren hat und das Manko nur ausgleichen konnte, indem er, dank der Blockierung Deutschlands und der Folgen der Friedensverträge, früher deutsche Marktgebiete an sich riß. Deutschland aber schickt sich an, die verlorenen Gebiete wiederum zurückzuholen; sein Handel eroberte seit der Stabilisierung der Mark innerhalb zwei Jahren nicht weniger als 2,3 Prozent zurück, während der englische um 0,6 Prozent sank. In der gleichen Zeit nistete sich der amerikanische Handel in den früher englischen Marktgebieten ein. Am besten

zeigt das der Vergleich der Importzahlen der wichtigsten englischen Marktgebiete:

Es waren am Import beteiligt (in Prozenten ausgedrückt):

In Indien:

	1913	1926
England mit	64,2	52,3
Vereinigte Staat. (U. S. A.)	2,6	6,1
Japan	2,6	7,9

In Australien:

England	51,8	43,9
U. S. A.	13,7	24,6
Japan	1,2	2,6

In Neuseeland:

England	59,7	52,0
U. S. A.	9,5	16,5

In Aegypten:

England	30,5	25,2
U. S. A.	1,9	3,6

In Südafrika:

England	56,8	50,0
U. S. A.	8,0	14,7

In Kanada:

	1913	1926
England	21,3	17,7
U. S. A.	64,0	65,8

In Mexiko:

England	13,5	7,8
U. S. A.	50,6	70,2

In Japan:

England	16,8	8,8
U. S. A.	16,8	25,9

In Brasilien:

England	24,5	23,9
U. S. A.	15,7	24,2

In Argentinien:

England	31,1	22,6
U. S. A.	14,7	23,4

In Chile:

England	30,0	20,9
U. S. A.	16,7	23,5

Das sind, mit Ausnahme Kanadas und Mexikos, die beide wegen ihrer geographischen Lage stärkere Wirtschaftsbeziehungen zu der Union unterhielten als England, die ursprünglich englischen Märkte. Deutlich läßt sich erkennen, wie in den eigenen Besitzungen die amerikanische Konkurrenz die englische langsam verdrängt, und wie sie auf einem früher vorwiegend englischen Markte bereits den alten Gegner überflügelt hat, so daß diese Wirtschaftsgebiete, geht es noch einige Zeit so länger, bald einmal für England wirklich verloren sein dürften. Aber die englische Industrie gibt sich noch lange nicht geschlagen, sondern holt auch hier zur Abwehr und zum Angriff aus und sucht dem Gegner verlorene Gebiete wiederum abzuringen. Dabei hat sie zwar gewaltige innere Schwierigkeiten zu überwinden.

Die frühere Sicherung des Ertrags durch die Auslandsanleihen hat dazu geführt, daß die englischen Produktionsmethoden hinter den amerikanischen zurückblieben. Die großen Errungenschaften der modernen Arbeitsweise, das Taylorsystem und das fließende Band, sind amerikanischen Ursprungs und blieben der englischen Industrie lange Zeit nicht nur kaum bekannt, sondern auch verhaßt und unbequem. Heute muß sie das Versäumte nachholen; aber ihr fehlen die organisatorischen Vorbedingungen. Wie schlimm es in der Kohlenindustrie aussieht, hat die Untersuchung der Kohlenkommission und die Enquete der Labour-Partei deutlich erwiesen. Auf dem Weltmarkte verdrängt, im Innern ohne große Lust, grundlegende Aenderungen vorzunehmen, sucht sie den schlimmen Folgen dieses Verfalls, statt mit rationeller Organisation überall, allzuleicht durch Gewaltmethoden abzuhelfen. Baldwins Gewerkschaftsgesetz ist nichts als

der Ausdruck dieser Gewaltpolitik im Innern, der Wunsch, den bessern Ertrag und die Rentabilität statt durch eine andere Organisation der Arbeit durch die Knebelung der Arbeiterschaft zu sichern. Außenpolitisch entspricht dem der Wille zu vermehrter Politik der Macht und der Häufung der militärischen Mittel.

Je stärker aber die amerikanische Industrie sich zur Exportindustrie entwickelt, um so energischer wird der Wille, sich in der Rohstoffversorgung vom Gegner unabhängig zu machen. So wie England für seine Industrie seine eigenen Produktionsgebiete für Baumwolle und Petrol entwickelte und sie den amerikanischen gegenüberstellte, so sucht heute die amerikanische die englischen Rohstoffmonopole zu brechen. Vor allem gilt das für das englische Gummimonopol.

Heute befinden sich rund 60 Prozent aller Kautschukplantagen der Welt unter britischer Kontrolle. Dieses Monopol hat nun die amerikanische Industrie mit allen Mitteln zu brechen versucht. Neben der Anlage eigener Plantagen in Liberia, in Venezuela und auf den Philippinen ging ein Krieg harter Worte gegen die britischen Monopolisten.

Sucht aber die Union das englische Kautschukmonopol zu brechen, so hält es England gleich mit dem amerikanischen Petroleummonopol. Zwar ist man sich in Großbritannien wohlbewußt, daß eines schönen Tages, wenn die amerikanischen Quellen erschöpft sein werden, an die Stelle des amerikanischen das britische Monopol auf dem Petroleummarkte treten wird. Der wilde und harte Kampf, der zwischen der Standard Oil und der Royal-Dutch-Shell geführt wurde, schien zunächst durch das Abkommen der Shell mit der Standard Oil of New Jersey beseitigt. Gemeinsam erwarben die beiden dann die russischen Naphthaquellen zur Ausbeutung. Aber gerade die letzten Tage haben gezeigt, daß die Gegnerschaft, trotz aller Freundschaftsbeziehungen, kräftig weiter lebt. Bei der Ueberproduktion, die gegenwärtig in Amerika, dank der unerwarteten Ergiebigkeit der Oelfelder von Oklahoma, auf dem Oelmarkte herrscht, wurde auch die Shell getroffen. Ihre geschäftlichen Beziehungen zur Standard Oil ließen den Wunsch wach werden, die Erzeugung zunächst zu reglieren. Auf Treiben des englischen Petrolkönigs, des Sir Henry Deterding, eines früheren Holländers, der heute aber seine ganze Brutalität in den Dienst des englischen Oelkapitals stellt, wurden die Beziehungen zu Rußland abgebrochen. Die Verbindung mit der Standard ließ es als selbstverständlich erscheinen, daß von dorther kein Bruch des russischen Boykottes zu gewärtigen war. Und daß Deutschland und Frankreich nicht Opposition machten, dafür sorgten die amerikanischen Kredite schon. Nicht umsonst hatte die deutsche „Oleg" amerikanische Beteiligung annehmen müssen. In diesem Stadium aber wurde bekannt, daß Italien, Frankreich und Spanien an die Errichtung eines Petroleummonopols dachten. Es schien nun Deterding, daß hier ein großes Geschäft zu machen sei, wenn man das russische Petrol ganz in englische Hände bekomme, um es dann, wegen seines billigen Preises, mit Gewinn den europäischen Monopolstaaten anzubieten. Aber die Standard bekam Wind von der Sache — und plötzlich schloß die Standard Oil of New York mit den Russen einen Petrolvertrag ab. Scheinbar wußte die Standard

Oil of New Jersey, zu der ja Deterding auch gehörte, nichts von der Sache; Rockefeller ließ durch sie einen förmlichen Protest in die Welt gehen, während er durch seine andere Gesellschaft, in der die Shell kein Mitspracherecht besaß, den Vertrag unterschreiben ließ. Deterding ließ sich aber durch dieses Doppelspiel nicht düpieren, sondern führte gegen die Amerikaner eine sehr scharfe Sprache, bezeichnete ihr Vorgehen als Diebstahl, den er unter Umständen sogar vor den Gerichten verfolgen werde, und erklärte mit aller Deutlichkeit, daß er sich sehr kräftig zur Wehre setzen werde. Sir Deterding aber, der zukünftige Lord Bearsted, ist einer jener Gewaltigen im englischen Reiche, die in der Politik offen nie hervortreten, die aber in Tat und Wahrheit die Politik ihres Landes machen.

Die ganze heftige Auseinandersetzung der beiden Wirtschaftsgruppen beruht letzten Endes aber nur auf einer gewaltigen Ueberproduktion, die sich auf fast allen Wirtschaftsgebieten durchsetzt. Ueberproduktion in den wichtigsten Rohstoffen zunächst, in Baumwolle, Eisen, Oel, Kautschuk, dann aber auch in ihren Produkten. Das bringt mit sich die mannigfachen Produktionseinschränkungen, wie der Stephenson-Plan für Kautschuk am deutlichsten zeigt, dann aber den Kampf um die Märkte, schließlich das Streben, die Wege zu den Rohstoffgebieten und den Märkten militärisch zu sichern. Ganz logisch drückt das Otto Corbach im Handelsteil des „Bundes" aus (im politischen Teil dürfte das nie stehen):

Die Zeitschrift „Iron Age" leitartikelt in einer ihrer letzten Ausgaben über die Frage: „Leistungssteigerung, und was dann?" Wo soll man mit all den Waren hin, die der zu höchster Wirksamkeit gebrachte Produktionsapparat der Union täglich und stündlich ausspeist? „Iron Age" weiß sich keinen Rat. Das Blatt hofft auf den Zufall, daß irgendeine neue epochemachende Erfindung durch Schaffung eines neuen großen Bedarfsartikels die Lage retten werde, wie einst das Fahrrad und neuerdings das Auto. Nicht umsonst haben sich die amerikanischen Stahlproduzenten den Feldzug gegen Coolidges Abrüstungsvorschlag große Summen kosten lassen. Wo soll man mit all dem Stahl hin, den jetzt die Kriegsindustrie verschlingt, wenn wirklich abgerüstet würde? Hier sieht man, wie innig das Problem der sogenannten Ueberproduktion mit dem der Erhaltung des Friedens zusammenhängt. Die Produktion duldet auf die Dauer keine Zwangsjacke, und wenn man es nicht mehr versteht, den Konsum ihr anzupassen, greift der Absatzhunger zu dem Verzweiflungsmittel, durch einen Krieg Güter vernichten zu lassen, um auf diese Weise neue Nachfrage zu schaffen.

Als die Marinekonferenz auseinanderging, gab man sich gegenseitig gute Worte und versicherte sich gegenseitiger Hochachtung und Freundschaft. Bei der Zusammenkunft auf der Friedensbrücke, die Kanada und die Union über den Niagara verbinden soll, beteuerten Baldwin und Dawes, daß an ein Wettrüsten nicht gedacht werde. Aber diese Worte haben nicht mehr Wert als die Hochachtungsbezeugung, die man am Schluß eines Briefes auch dann beifügt, wenn man überzeugt ist, daß der Empfänger der größte Lump ist. Die Tatsachen lauten ja auch ganz anders. Fügen wir, statt weiterer Worte, einfach eine Depesche an:

Rapid-City, 10. August.

Präsident Coolidge hat den Erlaß über den Bau von acht Kreuzern unterzeichnet. Die Mittel sind bereits seit längerer Zeit vom Kongreß

bewilligt. Der Baubeginn war hinausgezögert worden, um nicht während der Genfer Verhandlungen den Eindruck des Aufrüstens zu erwecken. Es handelt sich um 10,000-Tonnen-Kreuzer. „Volldampf voraus" ist die Parole für ihren Bau. Sie sollen in drei Jahren fertig sein.

Marinesekretär Wilbur verhandelt mit dem Präsidenten über das neue Bauprogramm, das dem Kongreß vorgelegt werden soll. Es verlautet, daß das Marineamt den Bau von 12 weiteren Kreuzern vorschlagen will.

Und damit schließt sich der Ring, der kriegerische Wirtschaft mit kriegerischer Politik verbindet. Genf schien ihn brechen zu wollen — die Konferenz zerbrach dabei selbst!

Vom Sinn und Widersinn des Sparens.

Von Dr. Fritz Marbach, Bern.

Vorbemerkung. In einer äußerst interessanten Artikelserie (deutsch in der „Finanzpolitischen Korrespondenz", Berlin) haben die Amerikaner T. Foster und W. Catchings das Problem des Sparens einem eingehenden Studium unterworfen. Sie sind zum Schlusse gelangt, daß das Sparen, wirtschaftlich betrachtet, unter Umständen eine ebenso große Untugend wie Tugend sein könne. — Das Entscheidende in der ganzen Frage, heißt es irgendwo bei Foster und Catchings, ist: Es gibt keine Möglichkeit, Geschäftsniedergang zu verhindern, den Arbeitern dauernd Arbeit zu geben, eine wachsende Pro-Kopf-Produktion und steigenden Lebensstandard zu sichern, außer wenn die Verbraucher jahraus, jahrein genügend Geld erhalten, um alle fertigen Waren sofort, wenn sie zum Verkauf ausstehen, zu kaufen ... Was Ersparnis für den einzelnen bedeutet, braucht nicht notwendigerweise Ersparnis für die Gesellschaft zu bedeuten. Jeder, der zu einer Zeit Geld spart, in der seine Sparsamkeit dazu beiträgt, die Produktion zu mindern und Arbeitslosigkeit zu schaffen, spart auf Kosten anderer. Für den einzelnen bedeutet ein ersparter Penny ein gewonnener, für die Gesellschaft aber ist ein ersparter Penny manchmal ein verlorener. Das eben ist das Dilemma beim Sparen: Produzenten und Konsumenten müssen sparen, aber sie können gegenwärtig nicht sparen, ohne in gewissem Grade den sozialen Zweck des Sparens zunichte zu machen ...

Die Pollak-Foundation for Economic-Research hatte einen Preis ausgesetzt für die beste kurze, ungünstige Kritik der Ausführungen Fosters und Catchings. Die nachstehende Arbeit ist eine Antwort auf deren Exposé. Infolge eines Fehlers bei der Uebersetzung des Prospektes der Pollak-Foundation verpaßte die Arbeit den Termin und konnte deshalb die Konkurrenz nicht mitmachen. Die Artikel Fosters und Catchings sowie die Ausführungen des Genossen M. interessierten uns. Wir hätten gerne die Artikelserie publiziert, leider hat sich aber herausgestellt, daß der Raum der „Roten Revue" hierzu nicht wohl ausreicht. Die folgende Kritik des Genossen Dr. Marbach, der in manchen Punkten mit Foster und Catchings einiggeht, ist mehr eine erweiternde, indem sie feststellt, daß eine wesentliche Voraussetzung der besseren Aus-